



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > [Presse](#) > **Pressemitteilungen**

Pressemitteilungen

Zukunft der EU-Agrarpolitik: Bayern steht für eine starke eigenständige Gemeinsame Agrarpolitik und praktikable, nachhaltige Landwirtschaft

11. Juli 2025

(10. Juli 2025) Berlin/München – Klare Forderungen aus Bayern, ein starkes Signal der Geschlossenheit aus den Ländern: Auf der heutigen Sonder-Agrarministerkonferenz (AMK) in Berlin diskutierten die Agrarministerinnen und -minister der Länder gemeinsam mit Bundeslandwirtschaftsminister Alois Rainer die Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union. Im Fokus stand eine grundlegende Neuausrichtung der GAP ab dem Jahr 2028 – praxistauglich, flexibel und zielgerichtet.

Die Agrarministerkonferenz einigte sich auf zentrale Forderungen an die Europäische Kommission. Dazu zählen: Antrags- und Kontrollverfahren deutlich vereinfachen, Anreize statt starrer Auflagen, Umwelt- und Klimaleistungen im Sinne einer Anreizkomponente mit einem Mindestaufschlag vergüten sowie ländliche Räume durch gezielte und finanziell gut ausgestattete Fördermaßnahmen stärken.

„Der ländliche Raum ist mehr als nur ein Ort – er ist das Herz unserer Gesellschaft“, sagte Kaniber. „Wenn wir ihn stärken, stärken wir Zusammenhalt, Identität und Versorgungssicherheit. Dafür muss die GAP künftig stärker Verantwortung übernehmen.“

Bayerns Staatsministerin für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus Michaela Kaniber weiter: „Unsere Landwirtinnen und Landwirte brauchen keine neuen Auflagen, sondern Vertrauen, Verlässlichkeit und faire Anreize. Die GAP muss wieder das tun, wofür sie gedacht ist: unsere bäuerlichen Betriebe stärken, den ländlichen Raum lebendig halten und gleichzeitig Umwelt und Natur schützen.“

Bereits 2024 hatte Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber den bayerischen Praktikerrat ins Leben gerufen. In dem Gremium arbeiteten rund 30 Vertreterinnen und Vertreter aus Landwirtschaft, Umwelt- und Waldbesitzerverbänden, Lebensmittelhandwerk, Verwaltung und Staatsregierung gemeinsam an konkreten Vorschlägen für die zukünftige EU-Agrarpolitik. Diese flossen nun in die ländergemeinsame Position zur GAP ein.

„Es war mir ein Herzensanliegen, dass wir mit Praktikern an einem Tisch konkrete Lösungen erarbeitet haben – aus der Praxis für die Praxis“, so Kaniber. „Denn nur wenn unsere bäuerlichen Familien auch künftig eine Perspektive haben, bleibt unser Land lebendig und unsere Lebensmittelversorgung sicher.“

In einer von der Agrarministerkonferenz heute beschlossenen Resolution fordern alle Länder geschlossen von Brüssel ein abgegrenztes zweckgebundenes GAP-Budget und deutliche Vereinfachungen. Verantwortung, Vertrauen und Verlässlichkeit müssen die Grundlage für die zukünftige GAP sein. Die Agrarministerkonferenz bekannte sich klar zu einer starken finanziellen Ausstattung der GAP, um die

vielfältigen Leistungen der Landwirtinnen und Landwirte einkommenswirksam honorieren zu können. Die geplante Neustrukturierung des EU-Haushalts mit einem so genannten „single fund“ gefährdet nach Einschätzung von Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber die Zukunft bäuerlicher Betriebe in Europa. Die EU-Pläne klingen technisch, hätten aber weitreichende Folgen: Künftig könnte die Gefahr drohen, dass Agrargelder leichter mit anderen Politikbereichen vermischt und umgeschichtet werden. Damit könnte der Landwirtschaft der Verlust eines verlässlichen, zweckgebundenen Budgets drohen – zulasten von Planungssicherheit, Krisenfestigkeit und Versorgungssouveränität. „Wer unsere Landwirtschaft will, muss sie auch verlässlich finanzieren – alles andere ist ein Spiel mit dem Feuer“, betonte Kaniber.

Kaniber zeigte sich zufrieden: „Mit der heutigen Konferenz haben die Bundesländer ein starkes Signal gesetzt: Eine gemeinsame Position für die Verhandlungen mit Brüssel steht. Damit wollen wir die Interessen der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Deutschland wirkungsvoll vertreten. Ich freue mich sehr, dass sich alle Länder so klar und geschlossen zur notwendigen Neuausrichtung der GAP mit einer starken Finanzierung bekannt haben. Es geht nicht nur um Agrarpolitik – es geht um die Zukunft unserer gesamten Gesellschaft.“

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

